

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Rosenstraße 40 • 10179 Berlin
Telefon: 030 644 11 64 • Fax: 030 644 11 787
E-Mail: info@antifaschistisches-berlin.de
Web: www.antifaschistisches-berlin.de

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 20. Jahrgang, Nr. 5, 6. März 2003

Einblicke

Die Kraft des Mutes

Von Ralf Bachmann

Wenn noch nach sechs Jahrzehnten Ende Februar Jahr für Jahr einige hundert Menschen zu Gedenkveranstaltungen in die Rosenstraße und die Große Hamburger Straße im einstigen Berliner Scheunenviertel ziehen, dann muss der Anlass des Gedenkens ungewöhnlich sein. Tatsächlich geschah am 27. Februar 1943 und den folgenden Tagen etwas im Nazireich Einmaliges: In der Rosenstraße demonstrierten täglich bis zu 600 nichtjüdische Frauen und Männer, insgesamt an die 1000, für die Freilassung ihrer jüdischen Ehepartner, die hier im Ergebnis einer „Fabrikaktion“ genannten Verhaftungswelle von der Gestapo eingesperrt worden waren. Der Protest – im Krieg und mitten in der Reichshauptstadt – wurde auch fortgesetzt, als Maschinengewehre gegen die Demonstranten in Stellung gebracht waren. Die Naziführung entschloss sich zur wenigstens zeitweiligen Freilassung der Inhaftierten.

Es war der einzige Straßenprotest gegen die Nazis, von dem man weiß. Und er war erfolgreich, versetzte Gauleiter Goebbels und seinen Machtapparat in hektische Betriebsamkeit, gab Verfolgten den Lebensmut zurück – immerhin lebten in Berlin rund 5000 Juden versteckt oder unter falschem Namen. Jeder von ihnen war auf Nichtjuden angewiesen, die auch unter Lebensgefahr bereit waren, ihm Asyl zu gewähren oder wenigstens zu schweigen. Das hier war aber noch weit mehr, der Beweis, was Entschlossenheit, aufrechter Gang und gemeinsames Handeln vermögen.

Die jetzt 88-jährige Bildhauerin Ingeborg Hunzinger hat in der Inschrift für einen der drei Blöcke ihrer eindrucksvollen Rosenstraßen-Skulpturen das Credo und die Lehre der Aktion formuliert: „Die Kraft des zivilen Ungehorsams und die Kraft der Liebe bezwingen die Gewalt der Diktatur.“ Trotz ihres Alters war sie auch 2003 dabei: „Das versteht sich von selbst, so lange es die braunen Rattenfänger noch gibt, muss man Farbe bekennen.“

Das V-Mann-Problem

Die Gründe für ein NPD-Verbot haben zugenommen, dennoch könnte das Verbotsverfahren scheitern.

Seite 2 ■

„Verfolgte Künstler“

Rechtsrock-Musik soll durch Auftritte von sich „legal“ gebenden Bands juristisch salonfähig gemacht werden.

Seite 3 ■

„Friedensmarschierer“

Neonazis demonstrieren gegen den „US-Imperialismus“ und fordern „Bomben auf Israel“.

Seite 4 ■

Programme erhalten

Der Politikwissenschaftler Roland Roth plädiert für eine Verbesserung und Verstärkung der vom Bund geförderten Maßnahmen für Demokratie und Toleranz.

Seite 6 ■

Rechter Burgherr

Früherer Neonazi-Funktionär aus Österreich residiert in sächsischem Schloss.

Seite 8 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöff
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Seitenblick**Die V-Mann-Falle**

Der Prozess gegen die NPD vor dem Bundesverfassungsgericht könnte scheitern. In den Verbotsanträgen werden auch Äußerungen von Parteispitzeln zitiert.

Die Situation ist paradox: Nach Ansicht von Sicherheitsexperten nehmen die Gründe für ein Verbot der NPD zu, dennoch droht ein Scheitern des Verfahrens beim Bundesverfassungsgericht. Das V-Mann-Problem überlagert die von der Partei ausgehende Gefahr, die gerade jetzt wieder sichtbar zu werden scheint.

Der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt steht in Stralsund vor einem Gericht, weil er im Bundestagswahlkampf 1998 jugendliche Zuhörer zum bewaffneten Kampf aufgefordert haben soll. Und Horst Mahler, Prozessbevollmächtigter der NPD für das Verbotsverfahren und ehemaliger RAF-Terrorist, muss sich auch in Stralsund und außerdem in Mainz Verfahren stellen, weil er die Terroranschläge vom 11. September 2001 bejubelt haben soll. In Mainz präsentierte Mahler am 28. Februar eine bizarre Geschichte: Die Fernsehbilder über die Einschläge der Flugzeuge ins World Trade Center seien eine „stümperhafte Fälschung“. Nicht Terroristen, sondern Geheimdienste hätten die Zwillingsstürme gesprengt.

Indirekt, aber doch deutlich hat Bundesinnenminister Otto Schily gerade erst im Januar demonstriert, dass er ein Verbot der NPD für dringend geboten hält. Schily löste die deutsche Filiale der islamistischen Vereinigung „Hisb-ut-Tahrir“ auf. In der Verbotsverfügung erwähnt der deutsche Bundesinnenminister offenbar demonstrativ die Teilnahme des NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt und von Horst Mahler an einer Veranstaltung der Hisb-ut-Tahrir im Herbst vergangenen Jahres in Berlin. „Voigt solidarisierte sich mit den Islamisten gegen die USA“, heißt es in der Verfügung des Bundesinnenministeriums. Ein Wink in Richtung Karlsruhe – den das Bundesverfassungsgericht ignoriert?

Das V-Mann-Thema erschien zunächst wenig problematisch. Das Bundesverfassungsgericht eröffnete im Oktober 2001 das Verbotsverfahren gegen die NPD – obwohl da bereits ein in den Verbots-

anträgen genannter Rechtsextremist als Spitzel aufgefliegen war.

Der Thüringer Neonazi und ehemalige NPD-Spitzenfunktionär Tino Brandt wird in den Anträgen von Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat als eine Art Symbolfigur für die enge Verbindung der rechtsextremen Partei zur gewaltbereiten Kameradschaftsszene erwähnt. Brandt, Ex-NPD-Landesvize, war von 1994 bis Januar 2001 für den Thüringer Verfassungsschutz tätig, vier Monate später deckte die Presse seine V-Mann-Tätigkeit auf. Da lagen die Verbotsanträge bereits in Karlsruhe vor, doch das Gericht reagierte nicht.

Zum Eklat kam es erst, als die Richter in Karlsruhe sich übertölpelt fühlten. Im Januar 2002 teilte das Bundesinnenministerium eher beiläufig dem Gericht mit, der Verfassungsschutz habe den früheren stellvertretenden Landesvorsitzenden der NPD in Nordrhein-Westfalen, Wolfgang Frenz, 34 Jahre als V-Mann geführt. In den Verbotsanträgen werden ausführlich antijüdische Parolen zitiert, die Frenz von sich gegeben hatte – allerdings erst nach der „Abschaltung“ durch den Nachrichtendienst im Jahr 1995.

■ Das V-Leute-Problem überlagert die von der NPD ausgehende Gefahr ■

Der Rechtsextremist ist für die Karlsruher Richter von ganz besonderer Bedeutung: Er steht nämlich auf einer Liste von 14 „Auskunftspersonen“, die das Gericht im Februar 2002 in der mündlichen Verhandlung des Verbotsverfahrens hören wollte. Daraus wurde nichts: Irritiert und verärgert wegen der Causa Frenz sagte der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts die fünf Termine ab.

Dann ging es Schlag auf Schlag: Noch im Januar vergangenen Jahres wurde Udo Holtmann, Vorsitzender der nordrhein-westfälischen NPD und langjähriges Mitglied des Bundesvorstands der NPD, auch als V-Mann enttarnt. Und es folgten weitere Spitzel.

Doch der Fall Holtmann wird vermutlich den Ausschlag geben, sollte das Verbotsverfahren scheitern. Rechtsexperten skizzieren das Dilemma: Der Verfassungsschutz könnte von Udo Holtmann erfahren haben, welche Prozess-Strategie die NPD in Karlsruhe einschlagen will. Damit wäre für die Partei ein faires Verfahren unmöglich. *Frank Jansen*

Aktivitäten

Die „Rattenfänger“

Der führende Neonazi Christian Worch will nun auch Auftritte von Rechtsrock-Bands juristisch durchsetzen.

Beinahe im Wochentakt gehen Neonazis seit dem Jahreswechsel im Ruhrgebiet auf die Straße. Ihr Feindbild ist klar und auch auf einem Transparent nachzulesen: „Zusammen kämpfen gegen Antifa und Polizeistaat“. Am 28. Dezember und 4. Januar demonstrierten sie in Bochum, am 11. Januar in Wuppertal, am 25. Januar in Dortmund, am Tag darauf in Herne, am 5. und am 19. Februar in Dortmund und am 22. Februar erneut in Bochum. Häufig mit von der Partie: der Hamburger Neonazi Christian Worch und sein Würzburger Gesinnungskamerad Hartmut Wostupatsch.

Der auf dem Transparent beklagte „Polizeistaat“ dürfte für die Neonazis aus dem Revier inzwischen die Gestalt des Bochumer Polizeipräsidenten Thomas Wenner angenommen haben. Der hat angekündigt – so war es in der NRW-Ausgabe der Süddeutschen Zeitung zu lesen –, „auch in Zukunft werde jedes Konzert rechtsradikaler Gruppen, bei dem es zu extremistischen Straftaten kommen könnte, verboten“. Entsprechend fielen Ende letzten Jahres zwei Konzerte, die in Herne und Bochum stattfinden sollten, ins Wasser. Zu vermuten ist, dass an der Vorbereitung dieser Konzerte die Dortmunder Neonaziband „Oidoxie“ beteiligt war. Deren „Kopf“ und Sänger, Marko Gottschalk aus dem Dortmunder Stadtteil Brechten, jedenfalls war auch Organisator der ersten Demonstration in Bochum am 28. Dezember. Das Motto: „Veranstaltungsfreiheit auch für nationalgesinnte Deutsche – Gegen Polizei- und Staatswillkür“. Eine Woche später durfte ein neuer Kumpel Gottschalks ran: Als Versammlungsleiter der zweiten Demo in Bochum – diesmal unter dem Motto „Wir lassen uns das Feiern nicht verbieten – Gegen Willkür und Intoleranz“ fungierte der „Liedermacher“ Nico Schiemann, der vor kurzem aus Frankfurt/Oder nach Brechten umgezogen ist und sich nun im Umfeld der „Oidoxie“-Macher tummelt.

Die haben unlängst ihre fünfte CD herausgebracht, „Ein Lied für Leipzig“ betitelt. Darauf enthalten sind unter anderem Live-Aufnahmen der Band, die bei einer der Neonazi-Demonstrationen im vorigen

Jahr in Leipzig entstanden sind. Bei Auftritten in Deutschland gibt sich „Oidoxie“ gemäßigt, seitdem 1998 ihre CD „Schwarze Zukunft“ beschlagnahmt worden war. Sie müssen sich auch zurückhalten, spielen sie doch in Worchs Konzept, nach den Demonstrationen nun auch Auftritte von Rechtsrockbands juristisch durchzusetzen, eine wichtige Rolle. Worch: „Je mehr öffentliche Auftritte von Szene-Bands wir – bei welchen Gelegenheiten auch immer – durchsetzen, desto schwerer wird es für die Behörden, bei Konzerten dann noch Repression auszuüben.“ Entsprechend stand „Oidoxie“ nicht nur bei Leipzig-Demos auf der Bühne, sondern auch im vorigen Sommer bei einem Neonazi-Aufmarsch im westfälischen Soest, wo Worch seine neu entdeckte Liebe zur Skinmusik erklärte: „Wie sie angefangen haben zu singen: ‚Helden für Deutschland‘, da sind mir die Tränen gekommen, dass ich hemmungslos schluchzen musste. Weil mir in dem Augenblick bewusst geworden ist, das sind die neuen Helden für Deutschland, das ist die neue Generation von Kämpfern. Das sind die echten und authentischen Erben der Männer, die fünfeinhalb, fast sechs Jahre im Krieg an den Fronten waren.“

Christian Worchs Strategie, Neonazimusik durch Auftritte von sich „legal“ gebenden Bands juristisch salonfähig zu machen, wurde freilich konterkariert, als vor kurzem das in Finnland produzierte und über Blood&Honour USA vertriebene Video „Kriegsbericht V“ in Umlauf kam. Zu sehen und zu hören ist, wie „Oidoxie“ – das „Hakenkreuzlied“ grölend – das Publikum so richtig zu begeistern weiß: „Hängt dem Adolf Hitler den Nobelpreis um! Hisst die rote Fahne mit dem Hakenkreuz!“

■ „Neue Helden für Deutschland“ ■

Schlagzeilen wie die aus der Dortmunder „Westfälischen Rundschau“: „‘Oidoxie’ agiert als Rattenfänger für die Neonazis“, sind zwar folgerichtig, aber höchst unwillkommen für die Rechtsrockers. Ebenso ungern gesehen werden Vortragsveranstaltungen, die sich mit Rechtsrock beschäftigen. Während zwei Referenten Mitte Februar in Dortmunds renommierter Auslandsgesellschaft über Rechtsaußen-Bands informierten, gebärdeten sich zur selben Zeit 75 Neonazis bei einer kurzfristig organisierten Demonstration unweit des Veranstaltungsorts als verfolgte Unschuld. Presse und Referenten würden gegen „Künstler“ vorgehen, klagte Carsten Jähring, einer der „Köpfe“ der Brechtener Szene.

Während die Clique um „Oidoxie“ Nachwuchs mit ihrer Musik ködert, übernimmt Siegfried Borchardt (Ex-FAP und „Borussenfront“) den organisatorischen Part. Dazu gehören die regelmäßigen Kameradschaftstreffen in einer Gaststätte in Herne. Auch im Internet tummelt sich seine Kameradschaft mit einer – allerdings von den Providern schon zweimal abgeschalteten – Seite einer „Völkisch orientierten Gemeinschaft“. Borchardt war es auch, der die „Volksgenossinnen und Volksgenossen“ zu einer Demonstration unter dem Motto „Todesstrafe für Kinderschänder“ am 25. Januar in Dortmund-Scharnhorst begrüßte. Gut möglich, dass sein Tatendrang bald erst einmal gestoppt wird: Ihm droht eine Haftstrafe. Das Landgericht Dortmund hatte ihn Anfang Januar zu neun Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt, weil er einen Kameraden zusammengeschlagen hatte. Und in diesen Tagen muss er sich – diesmal vor dem Amtsgericht seiner Heimatstadt – verantworten, weil ihm vorgeworfen wird, im vorigen Sommer am Rande einer Demonstration „Sieg Heil“ gerufen und den Hitlergruß gezeigt zu haben.

Noch kann er jedoch mit seinen Kameraden demonstrierend durch Ruhrgebietsstraßen ziehen. Seit’ an Seit’ im Übrigen mit NPD-Funktionären. Die stoßen sich auch nicht daran, wenn ein Redner auftritt, der vom Präsidium ihrer Partei eigentlich geächtet ist: der frühere Kühnen-Gefolgsmann Hartmut Wostupatsch. „Das Parteipräsidium untersagt, dass Wostupatsch auf NPD-Veranstaltungen aller Art auftritt“, so hatten die Parteioberen eigentlich beschlossen, „es müssen auch Kontakte zu ihm eingestellt werden.“ Doch als das NPD-Landesvorstandsmitglied Claus Cremer am 22. Februar zur Demo lud und rund 240 Neonazis durch Bochum zogen, sprach neben dem Landesvize Timo Pradel dann auch jener Hartmut Wostupatsch.

Christian Worch, in norddeutschen Gefilden unter anderem wegen seines „Demotourismus“ in die Kritik geraten, fühlt sich im Revier derzeit wohler als daheim: „Im Ruhrpott ist von der mancherorts beschworenen ‘Demonstrationsmüdigkeit’ offenbar keine Spur zu merken.“ Die nächsten Aufmärsche in der Region sind derweil schon avisiert. Darunter eine mit „Oidoxie“-Auftritt in Bochum, wie Worch ankündigte. Und Sänger Marko Gottschalk hätte es gerne noch eine Nummer größer: Noch in diesem Jahr werde man eine Demo mit gleich mehreren Bands in Dortmund „durchklagen“, drohte er.

Tomas Sager

Aktivitäten

„Völkischer Stolz“

Die Neofolkszene bittet zum „Flammenzauber“-Festival auf Burg Heldrungen.

Die Neofolkszene trommelt derzeit für das „Flammenzauber“- Festival, das am 21./22. März auf der thüringischen Wasserburg Heldrungen über die Bühne gehen soll. Es wird von den Websites Lichttaufe, :alteuropa: und ironflame präsentiert und findet zum dritten Mal statt. Mit dabei sind eine Reihe von Bands und Künstlern, die dem rechten Rand der Szene zuzurechnen sind.

So ist ein Auftritt von „Forseti“ aus Jena vorgesehen, die in der Vergangenheit mit rechtslastigen Bands des Genres wie „Death In June“, „Der Blutharsch“ oder „Les Joyaux de la Princesse“ auftraten. „Gae Bolg And The Church Of Fand“ aus Frankreich sollen, verstärkt durch zwei, bisher geheimgehaltene, „absolute Urgesteine des Neofolks“ für „das Konzertereignis des Jahres“ sorgen, wie in der Ankündigung zu lesen ist. Die Band ist ein Ableger von „Sol Invictus“, deren Kopf Tony Wakeford früher zusammen mit Douglas Pearce bei „Death in June“, den „Helden“ der Neofolkszene, spielte. Ferner sind die französischen Projekte „Dernier Volonté“ und „Tribe of Circle“ angekündigt, die beide auf dem Hau-Ruck-Label des gerne mit NS-Symbolik hantierenden Österreichers Albin Julius („Der Blutharsch“) publizieren.

Auch dem Auge der geneigten Fans wollen die Veranstalter etwas bieten. Neben Fotoausstellungen und einer Videoinstallation sollen Holzmalerien des Deutsch-Amerikaners Markus Wolff gezeigt werden. Der Neuheide und Kumpel von Michael Moynihan („Blood Axis“) orientiert sich in seinen Werken an der nordischen Mythologie. Er tritt auch als Musiker („Waldteufel“) und Autor in Erscheinung und schätzt rechtsextreme Neuheiden-Gruppierungen wie den Armanenorden, die Deutschgläubige Gemeinschaft oder auch Jürgen Riegers Artgemeinschaft. Vor einigen Jahren vertonte Wolff „Berghoch am Walde (Lichtkranzweihe)“, einen Text von Hermann Wirth, dem Begründer des SS-Ahnenerbes. In einer Black-Metal-Zeitschrift gab Wolff folgendes von sich: „Mein Stolz als Deutscher ist mehr ein völkischer Stolz als Glied einer langen Blutskeite, die bis in die goldene Vorzeit reicht.“

Magnus Bosch

Aktivitäten

„Friedensmarsch“

Neonazis tarnen sich mit linken Parolen und machen Stimmung gegen den „US-Imperialismus“.

„Deutsche Soldaten zum Schutz in den Irak“, „Bomben auf Israel“. Nur zwei Forderungen, welche die norddeutschen Neonazis auf dem ersten eigenen „Friedensmarsch“ in Hamburg erheben. An die 200 Neonazis konnte das „Aktionsbüro Norddeutschland“ am 22. Februar für die Verteidigung des Irak mobilisieren. Unter dem Motto „Amis raus – Frieden rein“ will das Neonazi-Netzwerk um Thomas Wulff und Tobias Thiessen in dem Stadtteil Wandsbek vor dem „USA-Run auf alle Ölquellen“ warnen.

Seit Wochen versuchen die Rechten aller Fraktionen mit scheinbar linken Parolen, wie „Kein Blut für Öl“, sich an den Antikriegsprotesten zu beteiligen. Im militanten Spektrum bemüht sich vor allem das Aktionsbüro, eine „Kampagne“ gegen eine drohende Invasion des Irak voranzutreiben. Auf ihrer Website liegen Flugschriften und Plakate zum downloaden bereit. Nach eigenen Angaben hätten Kameraden auch in den Hamburger Stadtteilen Wandsbek und Barmbek die Plakate „Not with US“ verklebt. Weniger glücklich verlief allerdings die Vorbereitung zu dem Aufmarsch.

Nachdem das Aktionsbüro zu dem „Friedensmarsch“ aufgerufen hatte, verkündete Christian Worch, sich nicht zu beteiligen, weil der Anmelder Lutz Giesen „Kameraden betrügen“ würde. Worch erklärte, der frühere Berliner Aktivist der „Kameradschaft Germania“ würde durch Nichtzahlung von Schulden Hamburger Kameraden, die für ihn bürgten, gefährden. Aus Sorge, dass weitere führende Neonazis fern bleiben könnten, übergab Thiessen die Anmeldung an Klaus Bärthel.

Neue Bündnispartner versucht das Aktionsbüro insbesondere durch das Kopieren von linken Parolen zu gewinnen. Doch wenn sie im Kampagnenauf-ruf selbst argumentieren, offenbaren sie ihre Positionen. „Ziehen uns die Amis in den Weltkrieg?“ fragt das Aktionsbüro und antwortet, dass die „BRD durch die NATO-Mitgliedschaft zur Kriegsunterstützung“ gezwungen sei. Der „gesamte europäische Kontinent“ stehe seit dem Zweiten Weltkrieg

unter der „Kontrolle der USA“. Was „Internationaler Währungsfond und Weltbank auf dem wirtschaftlichen Sektor“ seien, stelle die „NATO im militärischen Bereich“ dar. Ein Machtinstrument zur Durchsetzung der „neuen Weltordnung unter Führung der USA“. Gegen diese „Fremdherrschaft“ müsse das „deutsche Volk sich ebenso wie gegen die US-Weltpolitik“ wehren: „Was vor knapp 60 Jahren mit Deutschland passierte, wiederholt sich nun im Irak. Politische Rufmordkampagne (...), Wirtschaftsembargo und dann Bombenterror“. Diesen antiamerikanischen und revisionistischen Positionen, getreu einer nationalrevolutionären Argumentation, folgen antisemitische Sentenzen. Im Demonstrationsaufruf führt das Aktionsbüro aus, dass der „Kampf gegen den Terrorismus“ alleine die „wirtschaftliche Macht der US-Konzerne und der weltweiten Geldverleiher ausbauen“ helfen soll. Die US-Politik ist also nichts anderes als der „zionistische oneworld Terror“.

Während des Marsches durch Barmbek versuchen die Teilnehmer erneut, mit vermeintlich friedenspolitischen Parolen Solidarität zu wecken. Aber als die Redner darlegen, was sie unter einer „nationalen Friedenspolitik“ verstehen, fallen sie in ihre rechte Argumentation zurück: Als erstes Opfer des „US-Imperialismus“, macht Thomas Wulff das Dritte Reich aus, weil „angloamerikanische Bomber“ viele Städte in Schutt und Asche legten. Peter Borchert sieht in den Terrorattentaten vom 11. September keinen Grund zum Trauern, „wo es keine Anschläge gegeben hat, haben wir nichts zu bereuen“, und Thorsten de Vries meint: „Vielmehr müsste Israel bombardiert werden, denn der Judenstaat hat gegen mehrerer UN-Resolutionen verstoßen“. Dann ist es aber auch schon mit der Solidarität mit den „islamischen Völkern“ vorbei. „Der Islam gehört dahin, wo er hingehört“.

Die angestrebte Akzeptanz in der hanseatischen Friedensbewegung bleibt gänzlich aus. Stattdessen protestieren über 500 Menschen gegen den Neonazi-Aufmarsch in dem Stadtteil. „Unter dem Deckmantel globalisierungskritischer Worte“, betont der attac-Koordinierungskreis, „wird mit antisemitischen, und offen faschistischen Inhalten für einen Krieg gehetzt“.

Derweil hat Worch, der mit Thiessen wegen seines „Demotourismus“ streitet, verkündet, dass durch die Auswahl des ersten Anmelders der Aufmarsch hinter den Möglichkeiten des nationalen Widerstands geblieben sei.

Andreas Speit

Gastbeitrag**Keine Entwarnung**

Probleme ernst nehmen – die Aktionsprogramme des Bundes gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus müssen erhalten bleiben.

Von Roland Roth

Zahlreiche der seit Sommer 2000 verstärkt von Bund, Ländern und Kommunen geförderten Programme und Maßnahmen für Demokratie und Toleranz stehen unter Druck. Die fast vollständige Abwicklung von „Miteinander e.V.“, dem bislang größten Träger solcher Maßnahmen in Sachsen-Anhalt, in den jüngsten Haushaltsberatungen des Landtags macht exemplarisch deutlich, dass es dabei oft nicht nur um Sparpolitik und Haushaltskonsolidierung geht. Die neu gebildete CDU/FDP-Landesregierung hatte sich bereits in ihrem Koalitionsvertrag gegen eine Weiterförderung dieses Trägers wegen „politischer Einseitigkeit“ gewendet. Projekte und Initiativen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sind in konservativen Kreisen unerwünscht oder werden für überflüssig gehalten. Der brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm ging in einem Interview mit dem extrem rechten Blättchen „Junge Freiheit“ (47/02) noch einen Schritt weiter, als er eine Verstärkerwirkung der Programme behauptete: „Mit der heißen Phase des ‘Aufstandes Zuständiger und Anständiger gegen Rechts’ stiegen die rechtsextrem motivierten Straftaten parallel sprunghaft an. Seit dem Abflauen des ‘Kampfs gegen Rechts’ sind auch diese Straftaten wieder klar rückläufig“. Dass er wenig später für Brandenburg einen Anstieg der rechtsextremen Straftaten für das Jahr 2002 bekannt geben musste, macht deutlich, auf welch schwachen empirischen Beinen solche Mutmaßungen stehen.

Es kann keinen Zweifel daran geben, dass der Problemdruck nicht abgenommen hat, der zu den Programmen für eine Entwicklung und Stärkung der demokratischen politischen Kultur geführt hat. Anzeichen, die zu einer gesellschaftlichen Entwarnung in Sachen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit berechtigen, gibt es nicht – weder mit Blick auf die rechtsextrem motivierten Gewalttaten, noch auf der Ebene entsprechender Einstellungen und Meinungen in der Bevölkerung (vgl. Wilhelm Heitmeyer, *Deutsche Zustände*, Frankfurt/M 2002).

Dass zivilgesellschaftliche Initiativen und Maßnahmen, die vor allem aus den Mitteln der großen Bundesprogramme Civitas, Entimon und Xenos gefördert werden, nicht nur auf Begeisterung treffen, hat – neben politischen Vorbehalten – unter anderem folgende Gründe:

– Es sind keine kurzfristigen Erfolge erwartbar. Gerade die Auseinandersetzung um die Finanzierung und Weiterführung der Mobilen Beratungsteams in Brandenburg machte deutlich, dass kurzfristige Erfolgsmaßstäbe (z.B. sinkende Zahl von Gewalttaten) in einem Feld, wo es um nachhaltige Demokratieentwicklung und politische Lernprozesse geht, nicht angemessen sind. Zudem müssen wir davon ausgehen, dass zahlreiche gesellschaftliche Entwicklungen (EU-Osterweiterung, prekäre Arbeitsmärkte, Zu- und Abwanderung, Globalisierungsängste, Anti-Terror-Maßnahmen etc.) naturwüchsig fremdenfeindliche und rechtsextreme Dispositionen eher stärken werden. Oft wird es bereits ein Erfolg der Gegenmobilisierungen sein, wenn es nicht schlimmer wird.

■ Kurzfristige Erfolge sind nicht zu erwarten ■

– Sie schaffen Unruhe. Vielerorts sind es gerade die geförderten zivilgesellschaftlichen Gruppen und Initiativen, die als eigentliche Störenfriede wahrgenommen werden, weil sie das gemeinsame Beschweigen der Zustände, die Gewöhnung an eine Normalität mit Angstzonen und alltäglichen Diskriminierungen stören. Die rechtsextreme Propaganda setzt mit einiger Resonanz darauf, sich als die ordentliche Jugend und Opfer von linken Kräften zu stilisieren, Ausländer und „bunte“ Jugendliche als schmutzige Drogenszene darzustellen.

– Sie sind kostspielig. Während die Programme der ersten Förderphase, vor allem das über die Länder abgewickelte Programm „Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt“, lebhaft Nachfrage fanden, sinkt bei Ländern und Kommunen das Interesse in dem Maße, wie sie sich zur anteiligen Weiterfinanzierung verpflichten sollen. Zur Logik von Bundesprogrammen in diesem Bereich gehört, dass sie nicht als dauerhafte, sondern als befristete Aktions- und Modellprogramme aufgelegt werden, die nach einer Förderung des Bundes bei Bedarf und Erfolg in die von Ländern und Kommunen übergehen. Diese degressive Finanzierung, die im Civitas-Programm für Maßnahmen in den neu-

en Bundesländern bereits beschritten wird, droht zu Projektruinen zu führen. Mit Verweis auf ihre aktuelle Haushaltslage können Länder und Kommunen fast ohne zusätzlichen Begründungszwang die Anmutung des Bundes zur Übernahme der Projekte zurückweisen. Sollte es nicht zu übergreifenden Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern kommen, droht den vereinzelt lokalen Projekten ein langer Kampf um die mögliche Weiterförderung oder das schnelle Aus.

– Die Programme sind förderpolitisch kompliziert und bewegen sich oft auf konzeptionellem Neuland. Zu den Verdiensten der Bundesprogramme seit 2000 gehört es zweifellos, dass sie konzeptionell auf Akteure der Zivilgesellschaft setzen und damit den Kreis der üblichen Träger und Anspruchsberechtigten (freie Träger, Verbände etc.) drastisch ausgeweitet haben. Enttäuschungen bei einer großen Zahl nicht berücksichtigter Initiativen in der Umsetzung der Programme waren erwartbar. Teilweise konnten sie durch das Einbeziehen einschlägig ausgewiesener Stiftungen klein gehalten werden. Dennoch traten an vielen Stellen höhere Reibungsverluste auf als dies bei förderungsversierten Großorganisationen üblicherweise der Fall ist.

All diese Faktoren wirken zusammen, wenn sich aktuell der politische Druck auf die Bundesprogramme erhöht. Das im Dezember 2002 vorgelegte Gutachten „Bürgernetzwerke gegen Rechts. Evaluierung von Aktionsprogrammen und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus“ hat einige dieser Problemzonen genauer beleuchtet. Ziel war und ist es, zur Verbesserung und Verstetigung der Programme beizutragen. Nachdem ein Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ am 2. Januar dies vorgegemacht hat, werden von interessierter Seite selektiv einige kritische Anmerkungen aufgegriffen, um generelle Zweifel am Nutzen solcher Programme zu streuen. Dies widerspricht den Intentionen der Expertise. Zu hoffen ist, dass die Zuständigen nicht kleinmütig ihren „Aufstand“ abbrechen, sondern die kritische und interessierte Öffentlichkeit suchen, wenn es um praktische Antworten auf die ebenso brisante wie aktuelle Frage geht: „Was hilft gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus?“

Roland Roth ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Magdeburg/Stendal. Er hat für die Friedrich-Ebert-Stiftung das Gutachten „Bürgernetzwerke gegen Rechts“ erstellt und ist u.a. Mitherausgeber des Buchs „Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet“.

Am Rande

Billig und das Recht

Der Geschäftspartner eines sächsischen CDU-Kommunalpolitikers.

Die Gemeinde Machern im sächsischen Muldentalkreis hat einen Skandal. Einen weiteren. Nach der Polizeirazzia im Club der örtlichen Neonazikameradschaft, der kostenfrei vom Bürgermeister zur Verfügung gestellt worden war, und später der Suspendierung dieses Bürgermeisters wegen des Vorwurfs der Untreue und weiterer Straftaten, traf es nun den CDU-Gemeinderat Thomas Billig.

Rechtsanwalt Billig, der eine Prozessvollmacht der Gemeinde hat, ist zugleich unternehmerisch tätig. Das wäre für den „blick nach rechts“ nicht weiter berichtenswert, wenn der zweite Partner der in der noblen Seestraße ansässigen Billig & Rade Thallbürgel GbR nicht ein alter Bekannter der extremen Rechten wäre. Der Leipziger Bauunternehmer Reinhard Rade hat längst seine Geschäfte auf das Umland ausgedehnt, so auf den Muldentalkreis. Verbindungen zu örtlichen Kommunalpolitikern sind dabei immer nützlich. Die hat Rade intensiv gepflegt. Es ist ein offenes Geheimnis in Machern, dass Rade ein Flugzeug im Nachbarort Brandis stehen hat. Flugziel ist unter anderem Kroatien.

In dieses Land hat er als Aktivist der extremen Rechten besondere Verbindungen gehabt. Immer wieder wurden Beziehungen zu den faschistischen HOS-Milizen behauptet. Nachgewiesen sind Rades umfangreiche Aktivitäten für den Aufbau der Republikaner in der ehemaligen DDR. Tonnenweise, so wurde in der Parteizeitung gerühmt, habe er Propagandamaterial nach Leipzig gebracht. Die Gründung des ersten ostdeutschen Kreisverbandes in Leipzig fand in seiner Anwesenheit statt. Notorisch ebenfalls seine Beziehungen zu Revisionisten wie David Irving, die auch im Londoner Prozess im April 2000 um Irving zur Sprache kamen.

Billig ficht das alles wenig an, er sieht den Ermittlungen wegen Fördermittelbetrugs in Thüringen (s. BnR 4/03) gelassen entgegen. Die örtliche PDS fordert, dass Billig sein Mandat ruhen lässt. Ganz und gar nicht gelassen ist Macherns CDU. Sie forderte eine Stellungnahme von Billig. Der gab ein dreiseitiges Schreiben im Rathaus ab und verschwand erst einmal in Urlaub. *Jean Cremet*

Hintergrund**Lästiger Neubürger**

Früherer Neonazi-Funktionär aus Österreich residiert auf Schloss Noschkowitz in Sachsen.

Nein, zu den gegen ihn immer lauter erhobenen Vorwürfen will Schlossherr Raimund Bachmann keine Stellung nehmen. Stattdessen droht er mit Gegendarstellungen. Seit vier Jahren ist der Österreicher Eigner des Schlosses Noschkowitz im sächsischen Landkreis Döbeln. Damals ersteigerte er das Anwesen für 285 000 DM von der Treuhand. Andere Bewerber, die auf dem Anwesen Wohnungen errichten wollten, hatte er ausgestochen. Bachmann lockte mit Versprechen. Die Schäden am Schloss wurden aber auch nach dem Einzug von Bachmanns vielköpfiger Familie nicht behoben, der angekündigte Märchenwald gehört weiterhin ins Reich der Fabel, und auch die anderen Projekte blieben größtenteils unverwirklicht. Der örtliche Förderverein, der die Sanierung des unter Denkmalschutz stehenden Objekts gewährleisten helfen wollte, ist völlig zerstritten und will zum Teil nicht mehr mit dem Schlossherrn zusammenarbeiten.

Die Oppositionsgruppe im Vorstand des Fördervereins fühlt sich von Bachmann als Vorsitzendem ausgegrenzt und persönlich angegriffen. Das Resümee der örtlichen „Döbelner Allgemeinen Zeitung“: Da ist was faul auf Schloss Noschkowitz.

Es ist sogar eine ganze Menge faul. Und es ist nicht zum ersten Male, dass sich Raimund Bachmann zu Unrecht verfolgt fühlt. Zwar pfeifen es die Spatzen von den Dächern, dass Mitglieder und Sympathisanten der NPD inzwischen bei ihm häufiger zu Gast sind, doch Bachmann will mit der extremen Rechten nichts zu tun haben. In Österreich kennt man dieses Verhalten seit nunmehr über 25 Jahren. Seinerzeit hatte Bachmann vergeblich versucht, ein nahe der italienischen Grenze gelegenes Grundstück zu erwerben. Aus den Vermutungen, Bachmann sei Aktivist der damals noch legalen österreichischen Nationaldemokratischen Partei (NDP; 1988 verboten, Anm. der Red.), wurde Gewissheit. Hatte der damalige Tankstellenpächter zunächst abgestritten, mit der NDP etwas zu tun zu haben, räumte er später zögerlich ein, er habe als Gastreferent Vorträge bei den österreichischen Neonazis gehalten. Diese Angabe erklärte nun keines-

wegs, wie seine Unterschrift unter ein Schreiben der Bundesorganisationsleitung der NDP gelangen konnte. Zuletzt ließ sich nicht mehr verheimlichen, dass Bachmann seit 1970 der NDP angehörte, Schulungskurse organisierte und als Landeschatzmeister für Oberösterreich aktiv war. Weitere Duplizität der Ereignisse: Da die Bausparverträge des NDPlers nicht ausreichten, gründete die Kärntner NDP-Landesgruppe einen Förderverein sowie die Arbeitsgemeinschaft „Bauer am Berg“.

Der Bergbauernhof wurde Anziehungspunkt auch für Rechtsextreme außerhalb der NDP. So fanden sich auf dem Anwesen über 30 Mitglieder des einschlägigen Österreichischen Turnerbundes zum Julfest ein. Angeblich, so Bachmann, wollten sie dort nur turnen. Ein weiter Weg aus Wien zur körperlichen Ertüchtigung! Hartnäckig hielten sich die Gerüchte über Wehrsportübungen in Grenznähe. Das Nachrichtenmagazin „profil“ behauptete, Bachmann habe als Strohmann der NDP fungiert, um auf seinem Grund und Boden ein Schulungszentrum einzurichten. Nachdem jetzt im Februar im Kreis Döbeln die Vergangenheit dieses Neubürgers bekannt geworden ist, befürchtet man, dass statt der Touristen wegen des Märchenparks nun die Neonazis nach Noschkowitz strömen könnten.

Eine Furcht, die begründet erscheint, denn der frühere österreichische Nationaldemokrat hatte auch Kontakte zu deutschen Kameraden. Beim Pfingstlager der Jungen Nationaldemokraten 1993 sprach Bachmann gemeinsam mit dem Vorsitzenden der militanten flämischen Organisation Voorpost, Johann van Slamsbrouck. Im November 1989 referierte er bei einer Tagung der Notverwaltung des deutschen Ostens (NDO) in Stadtsteinach zum Thema „Praktische Möglichkeiten der Wiedergewinnung Ostdeutschlands und des Sudetenlands“. Viele Mitglieder der NDO stehen wiederum der völkischen Sekte der Ludendorffer nahe; Bachmann galt als deren Vertreter in Österreich.

Wichtiger sind die Kontakte zu anderen Negationisten. So sprach er 1991 bei einer Weihnachtsfeier des notorischen Auschwitzleugners Gerd Honzik („Freispruch für Hitler“). Und seinen Sinn für Theatralik bewies er beim Revisionistenkongress am 21. April 1990 in München. Dort redete er nicht nur, sondern forderte die Anwesenden auch zum Handeln auf. 250 Anwesende folgten dem Aufruf, zur Feldherrenhalle zu marschieren. Der Zug wurde kurz vor dem Ziel von der Polizei gestoppt. Die Geschichte wiederholt sich als Farce. *Volkmar Wölk*

Hintergrund

Die Lebenslüge

Österreichs „Heimkehr“ vor 65 Jahren

Wenn Okkupanten in besiegte Staaten reisen, dann fahren sie in aller Regel zuerst in die Hauptstädte. So war es auch bei Hitler. Warschaus Innenstadt lag in Schutt und Asche, als Hitler dort im Herbst 1939 die „Siegesparade“ abnahm. Die Warschauer durften und wollten nicht dabei sein. Im Sommer 1940 nach dem Sieg über Frankreich besuchte Hitler morgens um sechs Uhr die Hauptstadt. Paris lag noch in tiefem Schlaf.

Als Hitler seinem angeblich ersten Opfer seine Aufwartung machte, brauchte er viele Stunden, ehe er im Ziel war. Von Berlin nach München war er geflogen, dann in einen neuen dreiachsigen Mercedesgeländewagen umgestiegen und so über seine Heimatstadt Braunau nach Linz gereist. Für diese kurze Fahrt benötigte er fast vier Stunden, weil die jubelnden Menschen das Auto nur im Schrittempo vorbei ließen. Das war am 12. März 1938 – also vor 65 Jahren. Am 14. März auf der Fahrt in die Hauptstadt Wien war es nicht anders. Der Korrespondent der „Neuen Basler Zeitung“ schrieb: „Die Szenen der Begeisterung, die sich beim Einzug Hitlers abspielten, spotteten jeder Beschreibung.“ Als er am 15. März um 11.00 Uhr auf den Balkon der Neuen Hofburg trat, jubelten ihm, wie Zeitgenossen übereinstimmend berichteten, „Hunderttausende“ zu. Also der typische Einzug eines Imperators in ein besetztes Land!

Großbritannien, die USA und die UdSSR erklärten 1943 während ihrer Konferenz in Teheran die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Österreichs zu einem ihrer Kriegsziele. Selbstverständlich wussten sie, wie begeistert fünf Jahre zuvor Millionen Österreicher ihre „Heimkehr ins Deutsche Reich“ gefeiert hatten. Die drei Mächte haben damals den Grundstein für die Lebenslüge der zweiten Republik gelegt, Österreich sei das erste Opfer der Nazis gewesen. Dass sie damit den wirklichen NS-Opfern schwer geschadet haben, konnten sie 1943 nicht wissen. Die Regierungen in Wien und alle Parteien außer den Kommunisten haben diese Geschichtsfälschung begierig aufgegriffen und gepflegt, weil sie ihnen half, schon 1955 ein besatzungsfreier unabhängiger Staat zu werden. Außerdem brauchte man als Opfer keine Wiedergutmachungsansprüche zu befürchten – weder von politisch noch von rassistisch Verfolgten. Das begann mit dem politisch und rassistisch verfolgten Bundeskanzler Bruno Kreisky und so blieb es bis 1986, als Franz Vranitzky Regierungschef wurde. Er leitete die Wende ein, reiste nach Israel, widersprach der Lebenslüge und kündigte an, Österreich werde nun damit beginnen, die wirklichen Opfer zu entschädigen.

Das war vor allem für die jüdischen Opfer moralisch von hoher Bedeutung. Während die deutschen Juden sich bis zum 9. November 1938 relativ langsam auf die kommenden Pogrome einstellen konnten, brach der Juden Hass in Österreich sofort nach der „Heimkehr“ zum Beispiel über die 190 000 Wiener Juden herein. Vorwiegend alte Männer mussten mit Zahnbürsten Gehwege säubern, jüdische Wohnungen waren zur Plünderung freigegeben worden – nicht offiziell, aber niemand schützte die Familien. Geraubt wurde alles: Wäsche, Kleider, Nahrungsmittel, Möbel, Teppiche, Bilder – nichts war sicher. Gauleiter Josef Bürckel musste gegenüber Hermann Göring in einem geheimen Bericht einräumen, die „herrliche Geschichte des Nationalsozialismus“ habe durch das, „was sich in den ersten Wochen an Raub und Diebstahl ereignet hat, eine gewisse Trübung erfahren.“ Beim „Anschluss“ gab es in Wien 63 000 jüdische Haushalte. Ein Jahr später, im Mai 1939, waren 44 000 „arisiert“.

Das hat eine Historikerkommission erforscht, die seit 1998 sowohl die Räubereien und Enteignungen bis 1945 als auch die Entschädigungen danach untersucht. Die Dokumentation, an der 160 Experten mitgearbeitet haben, ist nach der „Süddeutschen Zeitung“ (SZ) jetzt fertig. Sie bestehe aus einem Hauptbericht und 52 Nebenkapiteln und zähle 14 000 Seiten. Von Vollständigkeit kann aber keine Rede sein, und das hat mehrere Gründe. Einmal hat sich auch der Staat bereichert. Wertvolle Bücher verschwanden in Bibliotheken und Archiven, Museen griffen gierig nach Gemälden und Kunstschatzen und allesamt versuchten nach 1945, die Spuren zu verwischen. Ähnlich benahmen sich Privatleute. Auch sie wollten behalten, was ihnen nicht gehört. Von den Besitzern lebt kaum noch einer. Deshalb kann fast nie die „Beweislast“ erfüllt werden, nach der man beweisen muss, dass einem dies und jenes gehört. Die Erben wissen das so gut wie nie. Die Studie ist fertig, das Kapitel damit aber nicht beendet, sagte ein Mitarbeiter. Die Nazizeit ist eben zählebig.

Heiner Lichtenstein

Grauzone**Neue Reformkräfte**

Die Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg bekommt Unterstützung aus der Leserschaft der „Staatsbriefe“

Mehr als 1000 Gäste aus Botschaften, Wirtschaft, Politik, Militär und Kultur, Mitglieder und Freunde der Gesellschaft sowie zahlreiche „Preußenfreunde“ konnte Volker Tschapke, Präsident der Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg e.V. (vgl. BnR 3/03) beim traditionellen Neujahrsempfang seiner Gesellschaft im Berliner Hotel Hilton, zugleich Anschrift der Geschäftsstelle der Gesellschaft, begrüßen. Beiratsmitglieder der Gesellschaft sind unter anderem: Hans-Jürgen Bartsch (Direktor Dresdner Bank AG), Heiner Bertram (Präsident Union e.V.), Fürst Ferdinand von Bismarck, Rainer Glagow (Hanns Seidel Stiftung, Leiter Verbindungsstelle Berlin), Regina Seidel (Unternehmerin, Bundesvorstand Verband Deutscher Unternehmerinnen), Wolfgang Steinriede (Sprecher des Vorstands der Bankgesellschaft Berlin i.R.) und Wilfried Vedder (Unternehmer).

Die Gästeliste, die in der Februar/März-Ausgabe 2003 der „Preußischen Nachrichten von Staats- und Gelehrten Sachen“ (7. Jg.), dem „Mitteilungsblatt“ der Gesellschaft, dokumentiert ist, liest sich nun allerdings streckenweise wie ein Who is Who der ultrarechten Szene. Zugegen waren laut dieser Liste bei dem Empfang unter anderem: Peter Dehoust (Mitherausgeber „Nation&Europa“), Jürgen Heinze (Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger), Albrecht Jebens (Vorstandsmitglied der Gesellschaft für freie Publizistik), Sebastian Prinz (Arbeitskreis „Publizistische Aktivitäten gegen Links“), Rolf Schlierer (Bundesvorsitzender der Republikaner), Günther Schwemmer (DVU-Großspender), Klaus Weinschenk (Ex-REP-Landesvorsitzender in Berlin) und Torsten Witt (Ex-Landeschef des Bund Freier Bürger in Berlin).

Vereinspräsident Tschapke beklagte in seiner Rede, dass Deutschland in dem ihm „verbliebenen Staatsgebiet“ ein „Jammerbild“ biete: „Es wird bestimmt von Stagnation und Auflösungserscheinungen in allen Bereichen ... Es besteht kein Vertrauen mehr in die Seriosität der politischen Entscheidungen.“ Tschapke weiter: „Wenn man sich unter den verfassungsmäßig autorisierten Kräften in Par-

lament und Regierung umschaut, so wird man weder im Lager der rot-grünen Regierung noch auch bei der schwarz-gelben Opposition Konzepte oder Persönlichkeiten finden, die mehr anbieten als Flickwerk.“ Nötig sei deshalb eine „grundlegende Reform in allen Bereichen“: „Und so wollen wir als Preußische Gesellschaft ein Forum bieten für die Sammlung der Reformkräfte“, so Tschapke.

Radikalere Aussagen machte Tschapke in der Weihnachtsausgabe der „Preußischen Nachrichten“, zu deren Autorenstamm auch der brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) und der CSU-Generalsekretär Thomas Goppel, gehören. Aufgerufen wird von Tschapke zur Bildung einer „außerparlamentarischen Opposition, die unserem verkrusteten Staatswesen auf die Sprünge hilft und die geistige und moralische Erneuerung unseres Vaterlandes vorantreibt.“ Laut Tschapke beginnt sich der „Druck von unten“ zu formieren: „Wir begrüßen mit dieser Ausgabe der ‘Preußischen Nachrichten’ mehr als 1800 neue Leser. Zugestoßen sind die Mitglieder und Freunde des bereits 1969 gegründeten bundesweit aktiven ‘Preußeninstituts’ und die Leser der ‘Staatsbriefe’ (...) von Hans-Dietrich Sander, ein unbequemer Denker, der sich nie von den Geboten der politischen Korrektheit einschüchtern ließ.“ Tschapke empfiehlt seiner Leserschaft abschließend: „Macht kaputt, was Euch kaputt macht – raten heute deutsche Konservative.“

Dass die neu gewonnenen „Reformkräfte“ zum Teil aus dem Kreis eines laut Verfassungsschutz „rechtsextremistischen Theorieorgans“ („Staatsbriefe“) kommen und Hans-Dietrich Sander wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener rechtskräftig verurteilt ist, scheint Tschapke nicht zu stören.

Auch beim Preußeninstitut gibt es Verbindungen zu extrem rechten Kreisen. Erster Vorsitzender ist der ehemalige Bundesgrenzschutzdekan Rolf Sauerzapf („Ich leide darunter, wenn Pfarrer Gleichgeschlechtliche segnen, anstatt ihnen seelsorgerische Hilfe zukommen zu lassen.“). Als Referent trat Sauerzapf unter anderem beim Deutschen Seminar und beim rassistischen Hilfskomitee Südliches Afrika in Erscheinung. Zweiter Institutsvorsitzender ist Albrecht Jebens (s.o.), der der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik angehört. Die nächste Mitgliederversammlung des Preußeninstituts findet am 15. März in Eisenach im Hotel Hainstein statt, einem beliebten Tagungsort von Ultrarechten und Rechtsextremisten. *Anton Maegerle*

Demokratische Initiativen**Mehr als ein Mythos**

Die Denkmale liegen wenige 100 Meter von einander entfernt. Doch es ist ehernes Gesetz, dass die Gedenkstunde zur Erinnerung an die „Fabrikaktion“ vom 27./28. Februar 1943 an beiden Plätzen stattfindet: in der Rosen- und in der Großen Hamburger Straße. Denn es geht um ein doppeltes Gedenken. Wo das Jüdische Altersheim stand, von der Gestapo zur Sammelstelle für Transporte in die Vernichtungslager umgewandelt, erinnert ein Gedenkstein an die 56 000 deportierten Berliner Juden. Die letzten 7000 wurden Ende Februar 1943 an ihren Zwangsarbeitsplätzen – daher der Aktionsname –, auf der Straße oder in der Wohnung verhaftet.

In der Rosenstraße trifft man sich vor der von Ingeborg Hunzinger geschaffenen Skulpturengruppe „Der Block der Frauen“, um die 1000 tapferen nichtjüdischen Frauen und Männer zu ehren, die mit einer einzigartigen mehrtägigen Straßendemonstration mitten im Krieg in der Reichshauptstadt die Freilassung ihrer Lebensgefährten zu erzwingen versuchten. Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, Alexander Brenner, nahm seine Rede zum Anlass, all den mutigen Berlinern zu danken, die halfen, jüdisches Leben zu retten. „Sie“, sagte er, „stehen für das andere, das bessere Deutschland.“ Dietmar Hexel vom DGB-Bundesvorstand stellte die Rosenstraßenaktion als „Widerstand des Herzens“ dem Versagen der großen Organisationen gegenüber. Hermann Simon, Direktor des Centrums Judaicum, bekannte, er habe in seinem Manuskript den Satz „Es werden immer weniger“ streichen müssen. Nicht nur des 60. Jahrestages, sondern auch der Aktualität des Anlasses wegen waren mehr denn je gekommen: überlebende Teilnehmer, Mitglieder der Jüdischen Gemeinde, der Chor der Jüdischen Oberschule, Bezirksbürgermeister Zeller (CDU), Abordnungen der Parteien.

Selbst die Medien nahmen das Jubiläum zur Kenntnis. Wenn die „Berliner Zeitung“ die These in den Mittelpunkt stellt, neue Forschungen über die Pläne der Gestapo hätten den „Mythos vom Frauenprotest“ und von seinem „behaupteten Erfolg“ relativiert, wird man freilich hellhörig. Der „Frauenprotest“ in der Rosenstraße ist, allen Versuchen, ihn klein zu reden, zum Trotz, weit mehr als ein Mythos. Er ist eine Widerstandsaktion, die in die Geschichte eingeht.

Ralf Bachmann

Demokratische Initiativen**NS-Opfern helfen****Schüler erforschen aktiv Zeitgeschichte**

Als Roman Herzog 1996 den 27. Januar zum Gedenktag für die NS-Opfer erklärte, wollte er keine salbungsvollen Reden und Feierstunden. Ihm schwebten vielmehr kleine Initiativen zur Erforschung der NS-Zeit in Städten oder Regionen vor. Das leisten seit etwa zwei Jahren Schüler(innen) des Paul-Klee-Gymnasiums in Gersthofen örtlich von Augsburg. Nach der Initiative ihres Geschichtslehrers Bernhard Lehmann machten sie sich auf die Suche nach Dokumenten über ehemalige Zwangsarbeiter. Diese mussten dort unter anderem in einem Betrieb schuften, der das Antriebsgemisch für die deutschen V-Raketen des Wernher von Braun herstellte. Es waren vor allem Frauen und Männer aus der Ukraine, die gezwungen waren, diese gefährlichen Waffen aus dem KZ Dora-Mittelbau auf ihre Tod bringenden Reisen zu schicken.

Um Einzelheiten zu erfahren, wollten Lehmann und seine Helfer ins Stadtarchiv von Gersthofen. Das ließ Bürgermeister Siegfried Deffner (CSU) allerdings nicht zu. Er bot Lehmann an, alleine ins Archiv zu gehen und alle Namen zu anonymisieren. Niemand sollte erfahren, wer aus der Gegend Zwangsarbeiter beschäftigt hat. Es sollte endlich Ruhe einkehren. Nicht so die Schüler. Sie zogen mit Lehmann vors Verwaltungsgericht Augsburg und bekamen Recht. Das sorgte für Schlagzeilen. Plötzlich wurde der Streit über Bayern hinaus beachtet. Bei Sammlungen für die noch lebenden völlig verarmten Ukrainer gab es mehr kleine als große Spenden. Vor allem die Industrie mauerte. Lehmann ließ nicht locker. Der Kabarettist Dieter Hildebrandt sagte zu, einen Abend in Augsburg zu gestalten – ohne Honorar. Das war am 28. Februar, der den Helfern 10 000 Euro aus Eintrittsgeldern bescherte. Auf 50 000 Euro will Lehmann kommen und er ist zuversichtlich, ans Ziel zu kommen, ehe er in Kürze erneut in die Ukraine reist.

Die Ergebnisse der jungen Forscher wurden in einer Ausstellung gezeigt, für die es auch eine Broschüre gibt. Sie heißt „Zwangsarbeit Gersthofen“; unter www.zwangsarbeit-gersthofen.de. Bei ihrem Zustandekommen hat der Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie finanziell geholfen, wofür ihm an dem Abend unter Beifall gedankt wurde. *H.L.*

Mehr Mut

Mehr Mut, aus gestern für morgen zu lernen. An die Vergangenheit zu erinnern und zu vermeiden, die begangenen Fehler zu wiederholen. Die Augen zu öffnen, um wiederkehrende Probleme zu erkennen und sich ihnen entgegen zu stellen. Denn jeder ist ein Teil der Geschichte und mit verantwortlich für ihren Verlauf.

Mehr Wissen – besser verstehen

Vergangenheit und Geschehenes beeinflussen uns alle. Man muss sich damit auseinander setzen und Verdrängtes aufarbeiten. Mit mehr Wissen und mehr Mut kann man sich dann gegen Extremismus und Ausgrenzung stellen. Denn die Geschichte hat gezeigt, dass solche Einstellungen zu Krieg, Unterdrückung und Gewalt führen. Deshalb setzen wir uns für Gerechtigkeit und Demokratie ein.

Mehr Auseinandersetzung statt Ausgrenzung

Demokratie bedeutet, Probleme und Konflikte fair und gleichberechtigt anzugehen und zu lösen. Damit wird jedem Recht und Möglichkeit gegeben, sich individuell zu entfalten und zu entwickeln. Wir wollen extremistische Gewalttaten in Deutschland, Verharmlosung von Nazi-Verbrechen, Fremdenfeindlichkeit und Verachtung von Minderheiten verhindern. Deshalb setzen wir uns gegen Vergessen und für Demokratie ein.

- Wir fördern Initiativen für Demokratie und Toleranz.
- Wir beraten Projekte, Schulen, Gedenkstätten und Ausbildungsträger.
- Wir machen fit im Umgang mit rechten Parolen und Argumenten.
- Wir vermitteln Kontakte zu Netzwerken, Zeitzeugen, Behörden und Politikern.
- Wir informieren über Fördermöglichkeiten.
- Wir bieten Seminare an, zu Themen wie „Gegenwart der Geschichte“, „Schulalltag und Lebenswirklichkeit“, „Rechtsextremismus und Gewalt“ und „Jugendkulturen“.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Vorsitzender: Dr. h.c. Hans Koschnick
Stauffenbergstr. 13-14
10785 Berlin
Telefon (030) 26 39 78-3
Telefax (030) 26 39 78-40
www.gegen-vergessen.de
info@gegen-vergessen.de

Sparkasse Bonn BLZ 380 500 00 Konto 855 1707

Demokratische Initiativen**Preisträger geehrt**

Zwei Gewinner des Wettbewerbs „Aktiv für Demokratie und Toleranz 2002“ wurden von der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesinnenministerium, Ute Vogt, am 20. Februar in Berlin als beispielhaft für ihr bürgerschaftliches Engagement vorgestellt. Eine Initiative an der Solinger Grundschule Yorckstraße hat als Reaktion auf die Ermordung einer Mitschülerin bei dem Brandanschlag in Solingen im Jahr 1993, bei dem fünf Menschen ums Leben kamen, eine mehrsprachige Bibliothek aufgebaut. Die Aktion Zivilcourage in Pirna hat einen „Runden Tisch“ organisiert, Aufklärungsarbeit in Schulen geleistet und die Öffentlichkeit über rechtsextreme Gruppen informiert. „Das Bündnis unterstützt mit seinem Wettbewerb vor allem ehrenamtliche Gruppen bei ihrem alltäglichen Engagement“, betonte Ute Vogt. „Bei dem Wettbewerb geht es uns auch darum, nachahmenswerte Projekte bekannter zu machen und damit andere zum Handeln zu ermutigen“, hob die SPD-Politikerin hervor. An dem Wettbewerb, den das Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ im vergangenen Jahr zum zweiten Mal ausgeschrieben hatte, beteiligten sich über 280 Gruppen, Schulklassen und Einzelpersonen. 89 davon wurden vom Bündnis für ihr hervorragendes Engagement geehrt und erhielten Preisgelder zwischen 1000 und 5000 Euro.

Hinweise

Tutzing – Mit Begriffen wie „Vaterland“ oder „Überfremdung“ und Themen wie „Asyl“, „Einbürgerung“ und „Innere Sicherheit“ sorgen Rechtspopulisten für Stimmung in der Bevölkerung. Bei den Tutzinger Medientagen am 24. und 25. März wird der Frage nachgegangen, inwieweit in den zurückliegenden Jahren die Medien selbst den Boden für Rechtspopulismus bereitet haben. Diskutiert werden soll auch darüber, wie die Medien mit dem Phänomen des europaweiten Rechtspopulismus und der Zunahme des Rechtsradikalismus im Internet umgehen. An der Tagung „Rechtsextremismus in den Medien“ nehmen namhafte Wissenschaftler, Journalisten und Politiker als Referenten beziehungsweise Gesprächspartner teil. Veranstaltungsort ist die Evangelische Akademie Tutzing/Bayern. **Informationen: Elke Tuchenhagen, Tel. 08158/251122, Fax. -/996422; tuchenhagen@ev-akademie-tutzing.de**

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Nation&Europa“ (NE), 53. Jg., Heft 2/2003: Mit Beifall wird ein „rechtes Zeitschriften-Sterben“ registriert, von dem NE ausgenommen sei. Im Übrigen sind die Themen vertraut: Alfred Mechttersheimer enthüllt, weshalb das deutsche System nicht länger funktioniert, die Ursachen sind geläufig: Zuwanderung und die 68er Bewegung, Gewerkschaften, „Leistungsverweigerung“ und die Scheckbuchdiplomatie unter Hans-Dietrich Genscher und Helmut Kohl. Darin werden auch die Ursachen für Reparaturbedürftigkeit des deutschen Sozialsystems gesehen. Ohne rechte Plausibilität wird der Abschied von der DM („Teurotschock“) noch einmal aufgerufen. Der Rürup-Kommission schlägt man vor, sie solle unter anderem verstärkt auf Ausländerrückführung und gegen eine weitere Aufnahme von jüdischen Emigranten drängen. Entgegen den Diskussionen in der Regierung für eine Einschränkung der Zuwanderung von Russland-deutschen wird für diese eine Lanze gebrochen („sind Ausländer sozialverträglicher?“). Franz Schönhuber bedauert, dass er, nun 80-jährig, nicht mehr „aktiv gegen die amerikanischen Weltherrschaftspläne“ angehen könne. Ihm gelingt die bemerkenswerte Erkenntnis, „Bush ist nicht Hitler, aber er erinnert an den einstmaligen Verbündeten der Amerikaner, Stalin“. Schönhuber ist zuversichtlich, Bush werde neben Blair und Sharon vom „Weltgericht“ als Kriegsverbrecher eingestuft. Wie Mechttersheimer sieht Schönhuber Deutschland in einem „unbestreitbaren Niedergang“, weil man „um die NS-Vergangenheit auszulöschen, das Kind mit dem Bade ausgeschüttet habe“. (Das muss Altersweisheit sein, die sich mir Jüngling nicht erschließt; Anm. d.V.) Neben dem von ihm hier angesprochenen Bundespräsidenten Rau und der SPD sei aber die Schuld der CDU/CSU daran mindestens ebenso groß, merkt Schönhuber, der nicht „ungerecht“ sein will, an. Dankbar wird schließlich der Bestseller des Autors Jörg Friedrich über die Kriegszerstörung deutscher Städte aufgegriffen. Harald Neubauer dreht den Spieß um und empfiehlt den Waffeninspektoren, statt im Irak die verbotenen Massenvernichtungswaffen in den USA zu suchen. Gewürdigt wird Gerhard Frey, der Herausgeber der „National-Zeitung“, zum 70. Geburtstag. So mancher rechter Parteifunktionär könne sich von dessen „professioneller Einsatzplanung und Geschäftsführung eine Scheibe abschneiden“. (khr)

Meldungen**Inland**

■ **Berlin** – Das Amtsgericht Berlin-Tiergarten verurteilte den englischen Neonazi Paul Stuart Barrington zu einer Bewährungsstrafe von sieben Monaten. Der 33-Jährige, der in Berlin lebt und zum harten Kern der Szene zählt, bekannte sich ohne Umschweife vor dem Amtsgericht zu den ihm vorgeworfenen Taten. Im Juni 2002 hatte er im Internet auf seiner Homepage „www.SS88.de“ Fotos von Berliner Polizisten veröffentlicht – darüber stand „die Kugel ist für dich“. Die Polizei durchsuchte Barrington's Wohnung und nahm unter anderem seinen Computer mit und zwei Schlagringe. Dann klagte die Staatsanwaltschaft den Neonazi an: wegen Verbreitung verfassungswidriger Kennzeichen, Bedrohung, Beleidigung und Verstoßes gegen das Waffengesetz. In der Verhandlung am 28. Februar verzichtete der Angeklagte auf den Versuch, sein Treiben zu beschönigen. „Ich bin rechts orientiert, was ich getan habe, war gerechtfertigt“, sagte er. Weitere Verfahren, auch wegen Körperverletzung, sind gegen den Neonazi anhängig.

■ **Duisburg** – Mit einer Saalveranstaltung im Stadtteil Beeck, die per Flugblatt sogar im Vorfeld angekündigt worden war, traten die Jungen Nationaldemokraten Duisburg nach langer Abstinenz wieder an die Öffentlichkeit. Zum Thema „Kein Krieg für Öl“ waren als Referenten NPD-Vorstandsmitglied Frank Schwerdt, Parteianwalt Horst Mahler und der Islamist Shaker Assem, der Mitherausgeber des antisemitischen Magazins „Explizit“, mit von der Partie. Verantwortlich für das Flugblatt, mit dem zu der Veranstaltung eingeladen worden war, zeichnete Oliver Westerwinter aus Bochum, der im JN-Bundesvorstand das „Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ inne hat.

■ **Frankfurt/Fretterode** – 5000 rechtsextreme CDs wurden am 15. Februar auf dem Flughafen Frankfurt am Main beschlagnahmt. Die Sendung stammte aus Fernost. Gegen den mutmaßlichen Drahtzieher, Thorsten Heise, soll unter anderem wegen Volksverhetzung ermittelt werden. Bei einer Durchsuchung fand die Polizei in dessen Haus im thüringischen Fretterode mehr als 900 einschlägige CDs und tausende CD-Cover. Heise, vormals FAP-Landesvorsitzender in Niedersachsen, zog im letzten Jahr mit seiner Familie nach Fretterode um. Dort residiert er in einem alten Gutshaus.

■ **Hamburg** – „Machtgier und platte Hemdsärmeligkeit“ wirft der wegen Volksverhetzung vorbestrafte Joachim Siegerist, Vorsitzender des rechts-extremen Vereins Die Deutschen Konservativen (Hamburg), in seinem Februar-Rundbrief Bundeskanzler Gerhard Schröder vor. Siegerist weiter: „Ich will unsere Rolle nicht überschätzen. Aber 'Die Deutschen Konservativen' haben an der 'Entzauberung' Schröders maßgeblich beigetragen ... Mit aller Deutlichkeit muss ich heute aber sagen: Ohne die Hilfe unserer immer größer werdenden Freundes-Schar und deren Spendenbereitschaft wäre das niemals möglich gewesen.“ Bedanken möchte sich Siegerist bei den „vielen Freunden unseres Verbandes in der Schill-Partei und bei den Republikanern. ... Die meisten von ihnen haben auf mein Bitten für Roland Koch gestimmt und damit seine absolute Mehrheit möglich gemacht. ... In Hessen haben wir gezeigt, was die 'Rechten' erreichen können, wenn sie an einem Strang ziehen.“ Angekündigt wird von Siegerist eine Kampagne gegen den „Machtmissbrauch der sozialistischen DGB-Gewerkschaften“: „Wenn der Machtmissbrauch der roten Gewerkschaften in Deutschland nicht gebrochen wird, ändert sich nichts im Lande – egal wer regiert.“ Im aktuellen Buchangebot („Verschwiegene Buch-Titel“) der Deutschen Konservativen ist der Band „Rudolf Hess: Ich bereue nichts“ erhältlich. Laut Siegerist „ein sehr gutes Buch mit vielen Fotos und Fakten.“

■ **München** – Nach langer Pause erschien kürzlich wieder eine Ausgabe des vom Witikobund herausgegebenen „Witikobriefes“, dem „Mitteilungsblatt der nationalen sudetendeutschen Gesinnungsgemeinschaft“. Doch die Redaktion mit Karl Richter, einem ehemaligen Funktionär der Republikaner und der Deutschen Liga für Volk und Heimat, hofft nun, „dass der Witikobrief in erneuerter und modernisierter Erscheinungsform in Zukunft wieder regelmäßig erscheinen kann.“ Der revisionistische Inhalt blieb jedoch der alte. „Die Benes-Dekrete müssen weg!“, lautete beispielsweise die Titelgeschichte auf der ersten Seite. Interviewpartner in der aktuellen Ausgabe ist der rechte Ulmer FDP-Politiker Stefan Havlik (22). Für die Pause werden organisatorische Schwierigkeiten und die „Suche nach neuen Druck- und Gestaltungsmöglichkeiten“ geltend gemacht.

■ **Oberboihingen** – Die 44. Jahreskongress der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik (GFP; Sekretariat: Oberboihingen in Baden-Württemberg) findet vom 4. – 6. April statt. Aus kon-

spirativen Gründen soll der Veranstaltungsort erst mit der Bekanntgabe des Programms kurz vor der Tagung mitgeteilt werden. Leitwort des Kongresses: „Freiheit bewahren – das Volk erhalten“. Vorsitzender der 1960 von ehemaligen SS- und NSDAP-Angehörigen gegründeten GFP ist Rolf Kosiek, seit Jahren Mitarbeiter des revisionistischen Grabert-Verlages und Ex-NPD-Landtagsabgeordneter. Anmeldungen nimmt Jürgen Schützinger aus Villingen-Schwenningen entgegen, einer der Sprecher Deutschen Liga für Volk und Heimat. Als Referenten sind unter anderem Alfred Mechtersheimer und Reinhard Uhle-Wettler angekündigt.

■ **Potsdam/Berlin/Bremen** – Neuer DVU-Landesvorsitzender in Brandenburg ist der Parlamentarische Geschäftsführer der DVU-Fraktion im Potsdamer Landtag, Sigmar-Peter Schuldt. Als Stellvertreter stehen ihm die DVU-Fraktionsvorsitzende Liane Hesselbarth sowie der DVU-Kreisvorsitzende Norbert Schulze zur Seite. Dietmar Tönhardt wurde als DVU-Landesvorsitzender in Berlin wieder gewählt. Stellvertreter sind Torsten Meyer und Klaus Fiedler. Beim DVU-Landesparteitag in Bremen wurde die langjährige Landesvorsitzende Elfriede Budina im Amt bestätigt.

■ **Saarbrücken** – Vom 28. bis 30. März soll in Saarbrücken die 2. Europakonferenz der NPD stattfinden. Vorbereitet wird die Konferenz unter anderem von Gerd Finkenwirth (federführend), Emmanuel Brun d'Auberginose (Brüssel), Chris Beverly (London), Elena Nicola (Triest) und Peter Marx (Saarbrücken). Die NPD-Europakonferenz fand erstmals im August letzten Jahres statt. Anwesend waren neben dem Bundesvorsitzenden Udo Voigt und den NPD-Funktionären Horst Mahler und Peter Marx auch Nick Griffin (British National Party) und Herve van Laethem („Nation“/Belgien). Diskutiert wurde über ein Positionspapier von Andreas Mölzer, Chefredakteur der österreichischen Wochenzeitung „Zur Zeit“, als Grundlage einer weiteren Zusammenarbeit von „europäischen Patrioten“. In dem Papier heißt es: „Demokratie erfordert den stetigen Einsatz für die Grund- und Freiheitsrechte. An vorderster Stelle steht dabei unser Eintreten für die Meinungsfreiheit, die weder durch Denkverbote und Tabus, noch durch den Tugendterror einer heuchlerischen political correctness in Frage gestellt werden darf.“ Als Seminarleiter des Europakongresses fungierten Mahler, Martin Laus und Stefan Lux. Aus Frankreich angereist war Thierry Gross. Vor Ort befand sich auch der Nürnberger Stadtrat Ralf Ollert.

■ **Schwarzenborn/Knüll** – Im aktuellen Rundbrief des inhaftierten Rechtsextremisten Manfred Roeder (73) bittet dessen Sekretärin Sina Reichenbach erneut um Spenden. „Leider stehen wir im Moment wieder vor einem großen finanziellen Problem“, nämlich dem Bezahlen von offenen Rechnungen sowie Prozess- und Anwaltskosten. „Wir haben auch geplant, eine Videokassette über Manfred erstellen zu lassen. Sicher kennen einige von ihnen die Bilder des Mordversuchs in Marburg und ähnliche Erlebnisse, Reportagen und Aufnahmen, die Manfreds Kampf begleiten.“, teilt Reichenbach in dem Rundbrief mit.

■ **Stuttgart** – Der frühere Bundesschatzmeister der Republikaner, Reinhold Giegold, soll in den letzten drei Jahren rund 220 000 Euro (430 000 DM) aus der Parteikasse veruntreut haben. Dies ist einem internen Bericht über eine Kassenprüfung zu entnehmen, der dem „blick nach rechts“ vorliegt. Der stellvertretenden Bundesvorsitzenden Uschi Winkelsett zufolge sei das REP-Präsidium aufgefordert worden, Strafantrag gegen den mittlerweile aus der Partei ausgetretenen Giegold zu stellen, berichtete die „Süddeutsche Zeitung“ (SZ). Laut SZ fordern die Finanzbehörden von den Republikanern nach Prüfung mehrerer Landesverbände wegen Schummelei mit Spenden mehr als eine Million Euro. Die Republikaner sollen ferner auch Wahlkampfkostenerstattung in Millionenhöhe an den Staat zurückzahlen müssen.

■ **Vlotho** – Der aktuellen Ausgabe der rechtsextremen Zweimonatszeitschrift „Stimme des Gewissens“, die vom Collegium Humanum. Akademie für Umwelt- und Lebensschutz e.V. (Vloto; vormals Weltbund zum Schutz des Lebens) herausgegeben wird, liegt eine Petition „Keine deutsche Kriegsbeteiligung im Irak“ bei. Die Bundesregierung wird darin „nachdrücklich“ aufgefordert, „bei ihrem NEIN für eine deutsche Kriegsbeteiligung zu bleiben.“ Initiatorin der Petition ist eine Gruppierung namens „Frauen für Frieden“, die von der bekannten Rechtsextremistin Ursula Haverbeck (Vlotho), Sabine Crone (Nienstädt; Referentin beim Arbeitskreis deutsche Dichtung), Gerda Forster (Bochum) und Helga Lemke (Hannover) getragen wird.

■ **Weinheim** – Der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende Günter Deckert wurde erneut verurteilt. Das Amtsgericht im nordbadischen Weinheim (Rhein-Neckar-Kreis) verhängte am 6. Februar eine Geldstrafe von 150 Tagessätzen à 25 Euro wegen Volksverhetzung. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass

der heute 63-jährige Deckert anlässlich seiner Oberbürgermeister-Kandidatur in Nürnberg vor zwei Jahren den Vorsitzenden der dortigen jüdischen Gemeinde per Brief in seiner Menschenwürde angegriffen hatte. „Auch von einem Juden lasse ich mich nicht als ‘Verbrecher’ bezeichnen. Verbrechen sind das, was seine Rassen- und Religionsgenossen seit Jahrzehnten in Palästina an den Palästina-Arabern verüben.“ Die Staatsanwaltschaft forderte ein Strafmaß von 15 Monaten Haft. Der Jura-Student Deckert verzichtete bei der Verhandlung auf seinen obligatorischen Rechtsanwalt Ludwig Bock (61) und verteidigte sich selbst vor dem Amtsgericht in Weinheim. „Die drei Semester Jura haben keine tiefen Spuren hinterlassen“, bescheinigte ihm der Weinheimer Amtsrichter Münchbach.

Ausland

■ **Belgien (Diksmuide)** – Die Sektion von Blood&Honour Flandern veranstaltet am 29. März ein großes international besetztes Skinkonzert. Angekündigt sind die braunen Rockkombos „English Rose“ (England; Abschiedskonzert), „Propaganda“ (Deutschland), „Confident of Victory“ (Deutschland), Les Vilains (Frankreich), „Jungsturm“ (Deutschland), „Brigade M“ (Niederlande) und „Verserzodes“ (Ungarn). Im Verteilerkreis von Blood&Honour Flandern sind unter anderem die rechtsextremen Szenegrößen Steffen Hupka, Jürgen Schwab, Christian Worch, Manfred Roeder, Frank Rennie, Günter Deckert, Ingo Stawitz, Maik Hampel und Ralf Wohlleben, die NPD-Kreisverbände wie Löbau-Zittau und Jena, Kameradschaften in Köln und Schwerin, das Deutsche Kolleg sowie die Redaktionen der Blätter „Deutsche Stimme“ und „Das Ostpreußenblatt“.

■ **Russland (Moskau)** – Auf Einladung des russischen Nationalrevolutionärs Sergei Baburin, Anführer der People's Will Party, hielt sich der französische Rechtsextremist Jean-Marie Le Pen im Februar in Moskau auf. Baburin, ein vehementer Gegner der NATO-Osterweiterung, gilt als Vertreter des Dritten Weges und schärfster Kritiker des Liberalismus. Die neurechte Schrift „Europa Vorn“ charakterisierte Baburin schon vor einem Jahrzehnt als „einen der kommenden Männer der russischen Rechten“.

■ **USA (Ohio/Scio)** – Der neonazistische Freehoster Odinsrage um Larry Bertollino aus Scio (Ohio) wird, so eine Verlautbarung des Betreibers, intensiv von russischen Neonazis genutzt. Lange Zeit ha-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
 PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 9
 Heft 05/2003 Abo 401917
 Antifaschistisches Pressearchiv und
 Lausitzer Str. 10
 10999 BERLIN

ben kanadische, amerikanische und deutsche Webseiten die Mehrzahl der gehosteten Webseiten ausgemacht, mittlerweile seien aber russische Seiten die „größte ethnische Gruppe“ bei Odinsrage. Ihre derzeitige herausragende Rolle zeigt sich auch in der Topliste von Odinsrage, die mehrheitlich von russischen Seiten dominiert wird. In der gleichen Mitteilung wird die Anzahl der angemeldeten Nutzer mit knapp 2700 angegeben, eine nicht glaubhafte Zahl, da Odinsrage nach wie vor anhaltende technische Probleme hat und selbst die von Bertollino und Co. betriebene Topliste auf zahlreiche nicht mehr existierende Seiten verweist.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
 e-mail: nandlinger@bnr.de
 Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung/Vertrieb:

Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.